

Kritische Perspektiven von LandwirtInnen und BürgerInnen auf die Agrarpolitik

Critical Perspectives of Farmers and Consumers on Agricultural Policy

Ivica Faletar^{1*}, Jessica Berkes², Carla Ollier², Inken Christoph-Schulz¹ und Marcus Mergenthaler²

¹Thünen Institut für Markanalyse, Bundesallee 50, 38116 Braunschweig, DE

²Fachhochschule Südwestfalen, Lübecker Ring 2, 59494 Soest, DE

*Correspondence to: ivica.faletar@thuenen.de

Received: 31 Oktober 2021 – Revised: 30 August 2022 – Accepted: 2 September 2022 – Published: 3 Oktober 2022

Zusammenfassung

Viele agrarpolitische Entscheidungen mit Bezug zur landwirtschaftlichen Tierhaltung werden von LandwirtInnen, aber auch von BürgerInnen kritisch hinterfragt. Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie die Kritikpunkte dieser Gruppen an der Agrarpolitik. Hierfür wurden Daten aus 24 leitfadengestützten Online-Zweiergesprächen in sechs deutschen Regionen (Flensburg, Kempten, Borken, Güstrow, Vechta und Magdeburg) qualitativ-inhaltsanalytisch ausgewertet. Die moderierten Eins-zu-Eins-Gespräche fanden jeweils mit einer Person aus der Landwirtschaft und einer Person aus der allgemeinen Bevölkerung ohne landwirtschaftlichen Bezug statt. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Kritik der beiden Gruppen primär auf vier Themenfelder bezieht: Offenheit für Veränderungen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, politische Entscheidungsprozesse, Arbeit der Interessenvertretungen und die Kommunikationsstrategie der Agrarpolitik. BürgerInnen kritisierten vor allem die Kommunikation der Agrarpolitik, während sich die Kritik der LandwirtInnen auf alle Bereiche gleichermaßen stark richtet. Es wird deutlich, dass verschiedene Veränderungen in der Agrarpolitik selbst sowie in den damit einhergehenden Gestaltungsprozessen notwendig sind, damit sie von LandwirtInnen aber auch von der allgemeinen Bevölkerung besser akzeptiert wird.

Schlagerworte: Agrarpolitik, Kritik, politische Entscheidungen, Kommunikationsstrategie, Interessenvertretung

Summary

Many agricultural policy decisions relating to livestock farming are critically questioned by farmers but also by citizens. With this in mind, this study examines these two groups' criticisms of agricultural policy. For this purpose, data from 24 guided online discussions, which took place in six German regions (Flensburg, Kempten, Borken, Güstrow, Vechta and Magdeburg) were qualitatively and content-analytically evaluated. Moderated one-to-one dialogues took place between a person from agriculture and a person from the general population without relation to agriculture. The results show that the criticism of the two groups relates to four areas: Openness to changes in livestock production, political decision-making processes, work of interest groups, and communication strategy of agricultural policy. Citizens mainly criticized the communication strategy of agricultural policy, while farmers' criticism was equally strong in all areas. It becomes clear that various changes in agricultural policy itself as well as in the accompanying processes are necessary in order for it to be better accepted by farmers but also by the general population.

Keywords: agricultural policies, criticism, political decision-making, communication strategy, representation of interests

1 Einleitung

Angesichts wachsender gesellschaftlicher Ansprüche gegenüber der Produktion von tierischen Lebensmitteln und zahlreichen ökologischen Herausforderungen wächst die Verantwortung der politischen Entscheidungstragenden, Gemeinwohlleistungen durch agrarpolitische Maßnahmen und Instrumente zu fördern (Heyen and Wolff, 2019; Hansjürgens, 2020). Stickstoffüberschüsse, Tierschutzdefizite oder der Rückgang der Artenvielfalt zeigen auf, dass eine Weiterentwicklung der deutschen Landwirtschaft zur Sicherstellung intakter öffentlicher Güter zunehmend notwendig wird (Blokhuis et al., 2008). Dies impliziert die politische Herausforderung, eine wachsende Anzahl an Interessen zu vereinen und die für die Berufsgruppe der LandwirtInnen aufkommenden, teils neuen, gesellschaftlichen Aufgaben zu definieren und zu legitimieren (Grethe et al., 2020).

In der Vergangenheit ist die Gestaltung gesetzlicher Neubestimmungen in der Agrarpolitik durch Unstetigkeit gekennzeichnet (Isermeyer, 2014). Eine hohe Unzufriedenheit mit agrarpolitischen Entscheidungen unter LandwirtInnen ist die Folge (Fuchs, 2017). Gleichzeitig haben sich im agrarpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess sowie in der Entwicklung von langfristigen Entwicklungsstrategien in Deutschland neue Formate und Foren entwickelt. Die politisch wichtigsten sind hierbei das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (Borchert Kommission) und die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL). Beide wurden von der Bundesregierung eingerichtet und fordern eine Transformation der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung. Hierfür haben sie Empfehlungen vorgelegt, wie die Weiterentwicklung der Landwirtschaft gesamtgesellschaftlich gelingen kann. Diese beinhalten konkrete Konzepte und Strategien, wie eine tierwohlorientierte Nutztierhaltung, die Finanzierung, das Ordnungsrecht und andere Bereiche in Zukunft aussehen sollen (ZKL, 2021; Deblitz et al., 2021; Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, 2020). Betroffene der avisierten Veränderungen sind insbesondere TierhalterInnen, die landwirtschaftliche Flächen bewirtschaften und tierische Produkte für Konsumzwecke produzieren. Für die Entscheidungsprozesse der Kommissionen war es notwendig, die unterschiedlichen gesellschaftlichen und landwirtschaftlichen Interessen sowie Erwartungen sinnvoll und zufriedenstellend für alle Beteiligten abzuwägen. Eine Umsetzung der Empfehlungen steht mehr als ein Jahr nach Beendigung der Arbeit in den Kommissionen aus.

Ziel- und Wertekonflikte zeigen sich in der gesellschaftlichen Diskussion zwischen landwirtschaftlicher Tierhaltung und dem Konsum daraus resultierender Produkte (Degeling und Johnson, 2015). BürgerInnen wünschen sich qualitativ hochwertige und nachhaltige Produkte, die nach hohen Umweltschutz- und Tierwohlstandards produziert wurden. Aus Sicht vieler LandwirtInnen gehen diese hohen Ansprüche der KonsumentInnen oft nicht mit der Bereitschaft einher, solche Produkte angemessen zu bezahlen (ZKL, 2021). Die durch die Tierwohldebatte entstandenen Auflagen führen bei Tierhaltenden zu steigenden Kosten und – im Fall von

offenen Märkten – zu internationalen Wettbewerbsnachteilen (Schukat et al., 2020). Als Folge kommt es zu besonders herausfordernden Aufgaben für LandwirtInnen und teils zu schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen. Dies verstärkt die Verantwortung der Agrarpolitik, die Zukunft der land(wirt-)schaftlichen Tätigkeit in Deutschland pro-aktiv zu fördern (Spiller et al. 2015).

Agrarpolitische Entscheidungen benötigen demokratische Legitimation und Zustimmung in der Bevölkerung. Die Bereitstellung zuverlässiger Informationen ist Teil der Aufgabe von politischen Entscheidungstragenden, um dabei erfolgreich zu sein. Der erste Schritt in diese Richtung kann darin bestehen, die kritischen Einstellungen von LandwirtInnen und BürgerInnen gegenüber der Agrarpolitik vertiefend kennenzulernen. Diese zeigen sich zwar allgemein in medialen Diskursen zur landwirtschaftlichen Tierhaltung, weisen jedoch auch viele Allgemeinplätze auf (Wolfram et al., 2021). Notwendig sind jedoch ebenfalls spezifischere Kenntnisse der Einstellungen in der Landwirtschaft und in der allgemeinen Bevölkerung zur Agrarpolitik. Um diese kennenzulernen sind direkte und persönliche Dialoge im Rahmen eines wissenschaftlichen Ansatzes gut geeignet (Berkes und Mergenthaler, 2020). Persönliche Dialoge fördern ein ehrliches und offenes Miteinander und legen Beweggründe und Motivationen offen (Buber, 1999). Darüber hinaus kann es einen Unterschied machen, wenn LandwirtInnen sich in vertrauten, jedoch anonymen, Eins-zu-eins-Begegnungen austauschen (Berkes et al., 2022).

Der vorliegende Beitrag analysiert im Kontext der Agrarpolitik einerseits die Anliegen und Ansprüche von LandwirtInnen und andererseits die entsprechenden Sichtweisen der allgemeinen Bevölkerung exemplarisch in sechs Schwerpunktregionen der Tierhaltung in Deutschland. Entsprechend ist das Ziel dieser Studie, Kritik von LandwirtInnen und der allgemeinen Bevölkerung an der Agrarpolitik zu untersuchen. Um das beabsichtigte Ziel zu erreichen, wurden folgende Forschungsfragen (FF) gestellt:

- FF1: Welche Aspekte in der Agrarpolitik werden von LandwirtInnen und BürgerInnen hauptsächlich kritisiert?
- FF2: Wo liegen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Kritik der Agrarpolitik von LandwirtInnen und BürgerInnen?

2 Methodik

Die Datengrundlage bilden 24 leitfadengestützte digitale Eins-zu-Eins-Gespräche zwischen jeweils einer Person mit direktem landwirtschaftlichen Bezug (Betriebsleitung) und einer Person aus der allgemeinen Bevölkerung ohne landwirtschaftlichen Bezug. Die Gespräche fanden im Herbst 2020 statt und hatten eine Dauer zwischen 56 und 148 Minuten. Geographisch waren sechs Regionen in Deutschland mit jeweils 4 Einzeldiskussionen vertreten. In jeweils zwei Regionen lag der Schwerpunkt auf einer Tierart: in Flensburg und Kempten auf der Rinderhaltung, in Borken und Güstrow auf

der Schweinehaltung und in Vechta-Cloppenburg und Magdeburg auf der Geflügelhaltung. LandwirtInnen wurden nach der Snowball-Sampling Methode rekrutiert (Boeije, 2009). Ausgewählt wurden LandwirtInnen mit einem zukunftsorientierten Betrieb, mit unterschiedlichen Wirtschaftsweisen und mit diversen Haltungssystemen. BürgerInnen wurden über ein Marktforschungsinstitut rekrutiert und bewusst nach möglichst unterschiedlichen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Ausbildung) ausgewählt. Durch diese Rekrutierung und die Zusicherung der Anonymität liegen keine sozio-demographischen Daten vor, bei den LandwirtInnen auch keine zu betriebsstrukturellen Merkmalen. Aufgrund dieser qualitativen Fallauswahl besteht auch kein Anspruch auf statistische Repräsentativität. Alle Teilnehmenden haben eine finanzielle Entschädigung erhalten. Sie wurden über Leitfragen durch das Gespräch geführt. Die ModeratorInnen haben ausschließlich bei thematischen Abschweifungen, Gesprächspausen, Verständnisproblemen, oder, in einem Ausnahmefall bei einem Konflikt, mit Schlichtung, Nachfragen oder Erklärungen eingegriffen. So konnte eine Verzerrung des Meinungsbildes vermieden werden (Lamnek, 1998) und die Validität der Daten sichergestellt werden (Boeije, 2009).

Die für diese Studie verwendete Datengrundlage stellt jeweils den Ausschnitt der Gespräche dar, in dem es um die kritische Auseinandersetzung mit der Agrarpolitik¹ ging. Bei den anderen hier nicht weiter analysierten Themen ging es um Kritik an und Ängste bezüglich der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, um die Verarbeitungs- und Schlachtindustrie, um den Lebensmitteleinzelhandel und um die Interessenvertretung der Landwirtschaft oder Verbraucherschaft. Die Gespräche mit allen Diskussionsteilnehmern fanden in einem virtuellen Raum eines Marktforschungsinstituts mit Moderation statt, wurden aufgezeichnet und aufgrund der großen Menge des Datenmaterials lediglich teiltranskribiert, indem relevante Zitate herausgeschrieben wurden (Steffen und Doppler, 2019). Die Daten wurden wie folgt ausgewertet: Nach Sichtung der heterogenen Datengrundlage wurden die aussagekräftigen Äußerungen der Teilnehmenden selektiert. Anschließend konnten sie sieben Codes (Punkten) zugeordnet und zu vier Unterkategorien² zusammengefasst werden. Die Codiereinheiten wurden paraphrasiert, abstrahiert und mit inhaltstragenden Zitaten beschrieben (Gläser-Zikuda, 2011). Dadurch sollte die Bandbreite des Meinungsspektrums ausführlich dargestellt werden. Die Codiereinheiten wurden in einem Codiermeeting von vier Personen auf ihre Interpretation und Ausschließbarkeit geprüft. Die Qualität des Forschungsprozesses kann in dieser Studie über die konkrete Dokumentation des Forschungsprozesses und das strukturierte und konsensuelle Vorgehen der Auswertenden, sprich der Regelgeleitetheit, sichergestellt werden (Gläser-Zikuda, 2011).

1 Kritik an Agrarpolitik wird im Kategoriensystem als eine der Hauptkategorien betrachtet.

2 4 Unterkategorien (Offenheit für Veränderungen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, politische Entscheidungsprozesse, Arbeit der Interessenvertretungen, Kommunikationsstrategie der Agrarpolitik) werden weiter im Text als Themenfelder bezeichnet.

3 Ergebnisse

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Kritik der LandwirtInnen und BürgerInnen an der Agrarpolitik primär auf vier Themenfelder bezieht: Offenheit für Veränderungen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, politische Entscheidungsprozesse, Arbeit der Interessenvertretungen und Kommunikationsstrategie der Agrarpolitik. Während die LandwirtInnen alle vier Themenfelder intensiv kritisieren, bezieht sich Kritik der BürgerInnen vor allem auf die Arbeit der Interessenvertretungen und die Kommunikationsstrategie der Agrarpolitik.

Von den LandwirtInnen werden die zukünftigen Veränderungen in der Tierhaltung (erstes Themenfeld) sehr unterschiedlich betrachtet. Auf der einen Seite wird der Ernährung der Bevölkerung in Deutschland eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. Dies könne nicht mit einer bundesweiten extensiven Bewirtschaftung gewährleistet werden. Implizit wird davon ausgegangen, dass dies durch Produktionsmengenrückgänge bei einer unveränderten Mengennachfrage zu steigenden Importen führen würde. Es wird der Wunsch geäußert, die Verlagerung der Produktion ins Ausland zu vermeiden und tierische Produkte für die Bevölkerung vollständig im Inland zu produzieren. Dazu eine Geflügelhalterin: *„Ich weigere mich in Deutschland eine Bilderbuchlandwirtschaft zu kreieren, die es aber nicht vermag, den Deutschen zu ernähren. Und wir die Differenz, die dazu erforderlich ist, aus anderen Ländern [...] importieren. Das ist keine Regionalität.“* Auf der anderen Seite zeigt sich bei anderen der Wille, eine nachhaltige Produktion in Deutschland zu unterstützen, ohne die Frage einer möglichen Produktionsverlagerung ins Ausland bei unveränderter inländischer Mengennachfrage zu problematisieren. Als Folge müssten entsprechende kostenverursachende Leistungen für Umwelt- und Tierschutz dann von der öffentlichen Hand finanziell abgedeckt werden. *„Politik sollte da nachlegen, um sicher zu stellen, dass mehr Geld auch da ankommt, wo mehr Tierwohl geleistet wird“* so ein Schweinehalter. Ein anderer fügte hinzu: *„Man könnte jetzt auch auf Bio umsteigen, damit wäre man auf jeden Fall auf einer Seite, die auf jeden Fall ziemlich lange weiter so gefördert wird.“* Bei beiden Standpunkten wird deutlich, dass das Potential der landwirtschaftlichen Tätigkeit in Deutschland erhalten bleiben müsse, dies jedoch unterschiedlich verstanden wird. Die BürgerInnen unterstützen die inländische Produktion tierischer Lebensmittelprodukte, bringen sich hier inhaltlich jedoch nur geringfügig ein und geben den LandwirtInnen meist Zustimmung durch Kopfnicken.

Das zweite Themenfeld zu dem sich DiskutantInnen meist skeptisch und kritisch geäußert haben, waren politische Entscheidungsprozesse. Nur von wenigen DiskutantInnen werden innenpolitische Entscheidungen verständnisvoll hingenommen, weil die Entscheidungen auf einer höheren Ebene getroffen werden. Dazu ein Rinderhalter: *„Die sind schon ziemlich interessiert, was wir machen und wollen [...] helfen, aber denen (sind) auch die Hände gebunden [...], weil die Agrarpolitik auf europäischer Ebene stattfindet.“*

Unverständnis besteht insbesondere bei Entscheidungen, die sich auf Bauvorhaben und Investitionen auswirken. Die sich daraus ergebenden Genehmigungsverfahren seien aus Sicht der LandwirtInnen unnötig langwierige Prozesse. Solange der Absatz der tierwohlorientierten und dadurch kostenintensiveren Produkte nicht gesichert sei, müsse man davon ausgehen, dass Betriebe mit einer kleineren als der durchschnittlichen Betriebsgröße gezwungen seien, aufzugeben. „Kann man ja einfach nicht 10 Jahre vor der Entscheidung, dass es zu dem Umbau auch gesetzlich kommt, so lange in die Vorleistung gehen, weil man viel zu teuer seine Tiere hält [...] und wenn man da jahrelang zu teuer produziert, ist der Stall auch irgendwann wieder weg“ bemerkt eine Schweinehalterin. Ein geringer Praxisbezug sei daran schuld, dass die politischen Entscheidungen leichter in anderen Bereichen als in der Landwirtschaft getroffen werden. Dazu eine Schweinehalterin: „Ich wundere mich immer schon, dass es wahrscheinlich leichter (ist) inzwischen, eine Atomkraft in Deutschland zu bauen, als die Güllebehälter. Ich habe mit meinem letzten Genehmigungsverfahren für die Güllebehälter drei Jahre meines Lebens zugebracht.“ Aus Sicht der Bürgerschaft seien politische Entscheidungen oft kurzfristig und widersprüchlich. „Käfighaltung, einerseits wurde es von der Politik propagiert und die Käfighaltung wurde seinerzeit sogar gefördert. Dann wurde wieder gefördert, dass die Käfighaltung abgeschafft wird“, sagte eine Bürgerin.

Die Arbeit der Interessenvertretungen war das dritte Themenfeld, das von beiden Gruppen kritisiert wurde. In diesem Kontext, bezog sich der erste Kritikpunkt auf die politische Repräsentanz der Berufsgruppe der Landwirtschaft. Einige LandwirtInnen sind der Meinung, dass die Politik keine Notwendigkeit darin sähe, sich mit den Anliegen einer vermeintlich marginalen Berufsgruppe auseinanderzusetzen. Sie begründen dies mit einer sehr geringen Wählerschaft und einer entsprechend geringen Beteiligung an der Wirtschaftskraft. Stattdessen handele die Politik wahltaktisch, indem sie Entscheidungen an kurzfristigen gesellschaftlichen Stimmungen ausrichte. Dem könne der/die LandwirtIn aufgrund der geringen Anzahl an Wählenden wenig entgegenzusetzen. Dazu ein Schweinehalter: „Die Politik hat uns verlassen, weil wir ein zu kleines Klientel sind. Wir sind ja nur noch 2% vom Bruttoinlandsprodukt. Also sind wir als Berufsgruppe zu gering, weil zu wenig Wähler dahinterstehen.“ Die Bürgerschaft unterstützte diese Sichtweise und kritisierte die Politik für ihren fehlenden Fokus auf die Landwirtschaft. Ein Bürger dazu: „Wenn man natürlich einen größeren Fokus auf Landwirtschaft legen würde in Deutschland und auf die Produkte, wie Milchprodukte. Das ist aber nicht gewollt, von daher ist das jetzt so.“

Ein weiterer Kritikpunkt der DiskutantInnen war, die Politik vertrete Industrie- und Lobbyinteressen anstatt sich für die Landwirtschaft deutlich stärker zu engagieren. Die Interessen von marktdominierenden Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandel würden vom Agrarministerium prioritär behandelt. Dazu eine Schweinehalterin: „Ich glaube wirklich, dass die Frau Klöckner [...] die Getriebene vom Lebensmitteleinzelhandel ist, der schon ein Stück weit den

Takt vorgibt.“ Die BürgerInnen werfen den Entscheidungstragenden einseitige Beeinflussung durch private Interessengruppen vor. Ein Bürger dazu: „[...] Die Politik ist zu sehr Sprecher großer Konzerne, will denen ihre Geschäfte ermöglichen und steuert zu wenig“ Gleichzeitig fehle es an Förderungen und Möglichkeiten für Kleinproduzierende. Außerdem wird als Problem betrachtet, dass die öffentliche Stimme der Landwirtschaft meist die der gut organisierten LandwirtInnen mit größeren Betrieben sei - entsprechend bestände hier kein repräsentatives Sprachrohr der Gesamtheit aller LandwirtInnen. Eine Verbraucherin dazu: „(Das) Landwirtschaftsministerium soll Politik für die Landwirtschaft machen. Ich glaube auch, dass da der kleine Landwirt keine große Rolle spielt, sondern eher mal große Firmen, die [...] einfach auch eine Marktmacht haben. [...]. Die Interessengruppen in der Landwirtschaft werden halt auch wieder von größeren, gut organisierten Landwirten geführt.“

Es wurde kritisiert, dass der Bauernverband sich der Milchindustrie verschreibe, anstatt sich für die LandwirtInnen einzusetzen. Ein Rinderhalter sagte dazu: „Wir haben ja unseren Verband, unseren Bauernverband, der für die Milchindustrie ist, aber nicht für den Landwirt.“ Eine Rinderhalterin führte weiter aus: „Da müsste eigentlich eine Regelung sein (Deckelung der Milchmenge), aber unser Verband will uns da nicht so richtig unterstützen. Also wenn wir 1-2% weniger produzieren würden, hätten wir einen besseren Preis. Aber unser Verband sagt: immer mehr und immer mehr [...], weil er auch von jedem Liter Milch ein bisschen Geld abbekommt.“ Die BürgerInnen sind der Meinung, dass den berufsständischen Vertretungen hier die Aufgabe zukäme, proaktiv, konstruktiv und in Eigeninitiative zu agieren, statt sich defensiv zu verhalten. Ein Verbraucher dazu: „Ich glaube, sie müssen [...] konstruktiv nach vorne ziehen [...], sie können sich doch nicht nach hinten ziehen lassen ins Verteidigungsgefecht.“

Das vierte Themenfeld, das sowohl aus Sicht der Landwirtschaft als auch der Gesellschaft mit nicht-landwirtschaftlichem Hintergrund kritisiert wurde, war die Kommunikation. Die derzeitige Kommunikation der Agrarpolitik sei zu zurückhaltend, passiv und beziehe nicht deutliche Stellung zur medialen Berichterstattung, indem sie sich nicht den für die BürgerInnen notwendigen Inhalten widme. Dazu eine Rinderhalterin: „Wenn ich nicht mehr weiterweiß und auch nichts wissen will, dann mache ich einen runden Tisch, da kann jeder 5 Minuten reden und da findet trotzdem nichts statt.“ Diese Ansicht wird von den teilnehmenden BürgerInnen unterstützt. Aus ihrer Sicht nehme die Politik nicht die Rolle einer Vermittlerin ein, was jedoch sehr wichtig für die BürgerInnen in Sachen Verständnis der Landwirtschaft wäre. Dazu ein Verbraucher: „Und da ist dann halt die Politik gefragt, dass man halt wirklich Menschen dazu bringt, auch nachzudenken.“

4 Diskussion und Schlussfolgerungen

Zusammenfassend zeigt sich in den inhaltsanalytischen Auswertungen der leitfadengestützten online geführten Eins-zu-Eins-Gespräche zwischen LandwirtInnen und BürgerInnen, dass es viele gemeinsame Punkte aber auch dezidierte Unterschiede gibt. Hinsichtlich der ersten Forschungsfrage zeigt sich, dass sich die Kritik der beiden Gruppen primär auf vier Themenfelder bezieht: Offenheit für Veränderungen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, politische Entscheidungsprozesse, Arbeit der Interessenvertretungen und die Kommunikationsstrategie der Agrarpolitik. In Bezug auf die zweite Forschungsfrage lässt sich sagen, dass BürgerInnen vor allem die Kommunikationsstrategie der Agrarpolitik kritisierten, während sich die Kritik der LandwirtInnen auf alle Bereiche gleichermaßen stark richtet. Die BürgerInnen stimmten der Kritik der LandwirtInnen bei verschiedenen Aspekten der Agrarpolitik häufig mit Kopfnicken zu, und fragten bei einigen Aussagen der LandwirtInnen nach zusätzlichen Erklärungen. Auf der anderen Seite zeigten die LandwirtInnen Verständnis für die seltenen Situationen, in denen BürgerInnen eine schützende Haltung gegenüber agropolitischen Entscheidungsträgern, wie etwa bei dem Punkt, es sei zu schwierig in der Landwirtschaft für alle Politik zu machen, einnahmen. Laut der teilnehmenden BürgerInnen sind ihre Hauptinformationsquellen über Agrarpolitik die Medien. Andererseits machten die meisten LandwirtInnen keine Angabe zur Informationsquelle beim Thema Agrarpolitik.

Die im Fokus dieser Studie stehenden Diskussionen, wurden in einem virtuellen Raum durchgeführt. Es lässt sich feststellen, dass die Form der Durchführung, keinen deutlich wahrnehmbaren Einfluss auf den Verlauf der Gespräche hatte. Zur Gesprächsdynamik ist hervorzuheben, dass sich die VertreterInnen beider Gruppen höflich verhielten und ihren GesprächspartnerInnen der anderen Seite während der Gespräche aufmerksam zuhörten.

Vor dem Hintergrund einer Agrarpolitik, für die in naher Zukunft eine höhere gesellschaftliche Relevanz erwartet wird (Nowack et al., 2018), zeigen die Ergebnisse eine besondere Aufgabe bei der Gestaltung von zukunftsfähigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Deutschland. Hierbei wird insbesondere die Verantwortung der Agrarpolitik für kleine, in Deutschland ansässige, Betriebe deutlich. Die LandwirtInnen sind sich einig, dass Änderungen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung nicht in Richtung einer Produktionsverlagerung ins Ausland erfolgen sollten und dementsprechend das Potential der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland erhalten bleiben müsse. Die BürgerInnen unterstützen inländische Produktion tierischer Lebensmittel, aber sind sich den innerlandwirtschaftlichen Auswirkungen möglicher Produktionsverlagerungen ins Ausland weniger bewusst.

Langwierige Prozesse, die zu steigenden Sozial-, Tier- und Umweltstandards beitragen, verursachen nach Meinung der LandwirtInnen insbesondere für kleine Betriebe Schwierigkeiten, weil sie bereits heute mit verhältnismäßig

höheren Produktionskosten konfrontiert sind. BürgerInnen und Landwirtschaft teilen die Sorge um weitere Betriebsaufgaben und nehmen unter anderem Bezug auf die Kurzsichtigkeit, die sich im unzureichend praktischen Fachbezug von Entscheidungen und in der wahltaktischen Ausrichtung widerspiegelt. Zu begründen ist dies mit wahlarithmetischen Überlegungen und dem kurzfristigen Werben um Stimmenanteile. Demgegenüber wisse die Politik im Idealfall jedoch, wie sich gesellschaftliche Präferenzen langfristig entwickeln (Isermeyer, 2014). Daher kann die Politik Strategien initiieren, die Zukunftsfähigkeit für landwirtschaftliche Betriebe bieten und die den BürgerInnen helfen, sich mit dem aktuellen Stand der Landwirtschaft vertraut zu machen, wie beispielsweise Dialogformate, die dann zu einer langfristigen landwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akzeptanz und Akzeptabilität der landwirtschaftlichen Tierhaltung führen. Die Vermeidung des Preisdumpings, eine bessere Marktposition der Produzierenden, eine langfristige Absatzsicherung und verlässliche baurechtliche Rahmenbedingungen mit konsequenten Entscheidungen könnten gute Elemente einer solchen Strategie sein. Die hierfür notwendige Informationsbeschaffung der AgrarpolitikerInnen sollte weniger selektiv und weniger nach persönlicher Befürwortung erfolgen. Hier besteht sonst das Risiko, dass Partikularinteressen einflussreicher Interessengruppen überproportional berücksichtigt werden. Insofern können die angesprochenen Kritikpunkte der Teilnehmenden hinsichtlich vermeintlich willkürlich getroffener Entscheidungen auf unterschiedliche prioritäre Bezugspunkte wie beispielsweise die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Betriebe, die Abfederung des Strukturwandels, Schutz der Artenvielfalt oder Tierschutz der politischen AkteurInnen zurückgeführt werden (Bock und Buller, 2013).

Der Einfluss von Interessensgruppen auf Informationsbeschaffungsprozesse und damit teilweise einhergehenden Transparenzverlusten wird von beiden Gruppen bemängelt. Dabei plädieren vor dem Hintergrund der Globalisierung von Wertschöpfungsketten einige AkteurInnen für eine Verbesserung von Informationsflüssen und mehr Transparenz (Heiskanen und Pantzar, 1997; Kasperek-Koschatko et al., 2020). Trotzdem wird Lobbyarbeit in Verbindung mit wirtschaftlichen Interessen als negativ und zum Teil als hinderlich für Neubetrachtungen der Agrarpolitik bewertet (Isermeyer, 2014). Wie auch aus den vorliegenden Ergebnissen ersichtlich wird, sollen politische Interessenvertretungen gesellschaftliche Anliegen stärker in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken (Kirschke et al., 2014), indem die Interessen aller relevanten AkteurInnen umfassender adressiert werden und die Agrarpolitik ihre steuernde Aufgabe gezielter wahrnimmt (Nowack et al., 2018). Eine neutralere und transparentere Kommunikation könnte zu einer höheren Zufriedenheit unter LandwirtInnen führen (Knoth et al., 2015). Diese vermittelnde Aufgabe sollte von politischen AkteurInnen stärker wahrgenommen werden.

In der Diskussion um die vermeintlich geringe Wählerschaft der Berufsgruppe LandwirtInnen findet der immense Wirkungsbereich, den LandwirtInnen auf ihr Umfeld haben (können), keine Erwähnung. Neben der Produktion von

Nahrungsmitteln erfüllt die Landwirtschaft weitere gesellschaftlichen Leistungen wie die Produktion von Biomasse, der Pflege von Kulturlandschaften und der Bestimmung des Tierwohlniveaus (Grethe et al., 2018). Jedoch kann auf Basis der Aussagen der Teilnehmenden vermutet werden, dass sie sich dem Wirkungspotential als LandwirtIn nur eingeschränkt bewusst sind. Weitere Studien könnten untersuchen, welche Bereiche aus Sicht von LandwirtInnen als Aufgabe der Landwirtschaft wahrgenommen werden und inwiefern diese Sichtweisen Einfluss auf die Offenheit gegenüber Veränderungen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung und der Landwirtschaft allgemein haben.

Danksagung

Wir danken allen TeilnehmerInnen für ihre Zeit und wertvollen Diskussionsbeiträge. Diese Veröffentlichung entstand als Teil des Verbundprojektes SocialLab II – Nutztierhaltung: Akzeptanz durch Innovation. Gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags. Projektträgerschaft: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Zudem bedanken wir uns bei zwei anonymen GutachterInnen für die konstruktiven Kommentare und Hinweise.

Literatur

- Berkes, J. und Mergenthaler, M. (2020) Speed-Datings zwischen Menschen aus der Landwirtschaft und der Gesellschaft als neues Dialogformat: eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung. 60. Jahrestagung der GEWISOLA „Herausforderungen für die ländliche Entwicklung – Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Perspektiven, Halle (Saale), 23. - 25. September 2020.
- Berkes, J., Schröter, I. und Mergenthaler, M. (2022) Dyadic Analysis of a Speed-Dating Format between Farmers and Citizens. *Societies*, 12, 3, 94.
- Blokhuis, H. J., Keeling, L. J., Gavinelli, A. und Serratos, J. (2008) Animal welfare's impact on the food chain. *Trends in Food Science & Technology*, 19, 1, 79-87.
- Bock, B. und Buller, H. (2013). Healthy, Happy and Humane: Evidence in Farm Animal Welfare Policy. *Sociologia Ruralis*, 53, 3, 390-411. <https://doi.org/10.1111/soru.12011>.
- Boeije, H. (2009) Onderzoeksmethoden. Boom onderwijs.
- Buber, M. (1999) Das dialogische Prinzip. Schneider.
- Deblitz, C., Efken, J., Banse, M., Isermeyer, F., Rohlmann, C., Tergast, H., Thobe, P. und Verhaagh, M. (2021) Politikfolgenabschätzung zu den Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung. Thünen Working Paper, No. 173. https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn063574.pdf
- Degeling, C. und Johnson, J. (2015) Citizens, Consumers and Animals: What Role do Experts Assign to Public Values in Establishing Animal Welfare Standards? *Journal of Agricultural and Environmental Ethics*, 28, 961-976.
- Fuchs, R. A. (2017) Teure Transfers - Der Reformdruck ist enorm - erst recht durch den Brexit. *Das Parlament*, No. 46-47. https://www.das-parlament.de/2017/46_47/themenausgaben/531650-531650.
- Gläser-Zikuda, M. (2011) Qualitative Auswertungsverfahren. In: Reinders, H., Ditton, H., Gräsel, C. und Gniewosz, B. (Hrsg.) *Empirische Bildungsforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 109-119. https://doi.org/10.1007/978-3-531-93015-2_9.
- Grethe H., Arens-Azevedo U., Balmann A., Biesalski HK., Birner R., Bokelmann W., Christen O., Gauly M., Knieirim U., Latacz-Lohmann U., Martinez J., Nieberg H., Offermann F., Pischetsrieder M., Qaim M., Renner B., Schmid JC., Spiller A., Taube F., Voget-Kleschin L. und Weingarten P. (2018) Für eine gemeinwohlorientierte Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020: Grundsatzfragen und Empfehlungen. *Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 225*, 2018.
- Hansjürgens, B. (2020) EU-Agrarpolitik: Richtungsänderung verweigert. *Wirtschaftsdienst*, 100, 11, 822-822.
- Heiskanen, E. und Pantzar, M. (1997) Toward Sustainable Consumption: Two New Perspectives. *Journal of Consumer Policy*, 20, 4, 409-442.
- Heyen, D. A. und Wolff, F. (2019) Drivers and barriers of sustainability transformations: A comparison of the “Energiewende” and the attempted transformation to organic agriculture in Germany. *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society*, 28, 1, 226-232.
- Isermeyer, F. (2014) Künftige Anforderungen an die Landwirtschaft: Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik. Thünen Working Paper, No. 30.
- Kasperek-Koschatko, V., Jungmair, J. A., Wieser, P., Kapp, B. und Pöchtrager, S. (2020) Die Darstellung der gemeinsamen Agrarpolitik in den Medien: Eine qualitative Inhaltsanalyse österreichischer Tageszeitungen auf Basis der Framing-Theorie. *Austrian Journal of Agricultural Economics and Rural Studies*, 29, 225-232. DOI 10.15203/oega_29.26
- Kirschke, D., Koester, U. und Häger, A. (2014) Ist die EU-Agrarpolitik ihr Geld wert? *Wirtschaftsdienst*, 94, 4, 288-293.
- Knoth, R., Bosshard, A. und Junge, X. (2015) Wie sind Landwirte und Landwirtschaftsexperten zur neuen Agrarpolitik eingestellt? *Agrarforschung Schweiz*, 6, 3, 110-117.
- Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (2020) Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung. Borchert Kommission. https://www.bmel.de/Shared-Docs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/200211-empfehlung-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf?__blob=publicationFile&v=3.
- Lamnek, S. (1998) Gruppendiskussion. Theorie und Praxis. Weinheim: Beltz/PVU.
- Nowack, W., Schmid, J. C. und Grethe, H. (2018) Agrarstruktur und gemeinsame Agrarpolitik–Eine Analyse der deutschen Debatte. Poster-Beitrag 58. GEWISOLA-Tagung, Kiel.

- Schukat, S., Ottmann, T. und Heise, H. (2020) Betriebswirtschaftliche Bewertung von Maßnahmen zur Steigerung des Tierwohls am Beispiel der Initiative Tierwohl aus der Perspektive konventioneller Schweinemäster. *Berichte über Landwirtschaft-Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, 98, 2. DOI: <https://doi.org/10.12767/buel.v98i2.281>.
- Spiller, A., Gauly, M., Balmann, A., Bauhus, J., Birner, R., Bokelmann, W., Christen, O., Entenmann, S., Grethe, H., Knierim, U., Latacz-Lohmann, U., Martinez, J., Nieberg, H., Qaim, M., Taube, F., Tenhagen, B.-A. und Weingarten, P. (2015) Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung. *Berichte über Landwirtschaft-Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, Sonderheft 221. DOI: <https://doi.org/10.12767/buel.v0i221.82>.
- Steffen, A. und Doppler, S. (2019) *Einführung in die qualitative Marktforschung*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Wolfram, J., Kothe, C., Brümmer, N. und Mergenthaler, M. (2021) Medien-Frames in der Berichterstattung über landwirtschaftliche Tierhaltung. *Berichte über Landwirtschaft - Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft*, 99, 1. DOI: <https://doi.org/10.12767/buel.v99i1.313>.
- ZKL (Zukunftskommission Landwirtschaft) (2021) *Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft*. Rangsdorf. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1939908/5ca2df8c0db1c4353d541166a9751537/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1> .

